

Positionspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, 19.05.2026

## ***Beteiligung und Demokratie in Berlin***

Demokratie steht weltweit unter Druck. Autoritäre Tendenzen erstarken, gesellschaftliche Polarisierung nimmt zu und immer mehr Menschen zweifeln daran, dass politische Entscheidungen ihre Lebensrealitäten ausreichend berücksichtigen. Auch in Berlin spüren wir diese Entwicklungen.

Der aktuelle Berlin-Monitor<sup>1</sup> stellt in Berlin eine „gespaltene politische Kultur“ fest: Es gebe einerseits eine bundesweit überproportionale Zustimmung zur Demokratie bei gleichzeitiger „erfahrungsbezogener Skepsis“ und einer Wahrnehmung begrenzter politischer Wirksamkeit. Die Verfasser\*innen bezeichnen das als eine „kritische Loyalität“. Es lehnen andererseits nur 46 Prozent der Befragten explizit eine autoritäre Alternative zum demokratischen System ab. Und 43 Prozent haben das Gefühl, weniger vom Wohlstand zu bekommen als ihnen zusteht.

Die Aufgabe in Berlin besteht darin, soziale Gerechtigkeit, politische Repräsentation und Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie Vertrauen in politische Institutionen wieder stärker zu verknüpfen.

Die Analyse des Monitors belegt: Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie lebt von Beteiligung, der Erfahrung dazu zu gehören und dem Gefühl am gesellschaftlichen Wohlstand einen gerechten Anteil zu bekommen. Und Demokratie lebt von der konkreten Erfahrung, dass die eigene Stimme zählt und Wirkung entfaltet. Als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin verstehen wir Beteiligung von Bürger\*innen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen nicht als Zusatz oder freiwillige Kür, sondern als elementaren Grundpfeiler einer lebendigen und resilienten Demokratie – und das nicht nur an der Wahlurne. Empirische Erkenntnisse aus anderen Kommunen zeigen, dass gute Beteiligungsprozesse Entscheidungen verbessern, Verständnis zwischen Verwaltung und Bürger\*innen fördern, Vertrauen in Politik verbessern und den sozialen Zusammenhalt stärken. Gute Beteiligung macht Demokratie im Alltag erlebbar.

Berlin verfügt über vielfältige Beteiligungsinstrumente und wertvolle Erfahrungen. Doch sie werden sehr uneinheitlich, häufig zu unverbindlich und in vielen Fällen nur punktuell eingesetzt. Unser Anspruch ist es, Beteiligung systematisch zu stärken, strukturell zu verankern und für alle zugänglich zu machen.

---

<sup>1</sup> Pickel, Gert/ Decker, Oliver/ Reimer-Gordinskaya, Katrin (2026): Der Berlin-Monitor 2025. Berlin – Zwischen demokratischer Haltung und verbreiteten Ressentiments, Verlag Unibuch:  
[https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2026/03/BerlinMonitor\\_2025\\_Web\\_2026-03.pdf](https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2026/03/BerlinMonitor_2025_Web_2026-03.pdf) (Zugriff: 12.03.2026).

Mit diesem Positionspapier ziehen wir Konsequenzen aus den Ergebnissen des Fachtags Beteiligung und Demokratie<sup>2</sup>, der im Oktober 2025 im Berliner Abgeordnetenhaus stattgefunden hat und formulieren konkrete Vorschläge und Forderungen, um demokratische Teilhabe in Berlin verbindlicher, gerechter und wirksamer zu gestalten.

## **1. Beteiligungsstruktur in Berlin ausbauen und stärken**

Demokratische Teilhabe entsteht nicht von selbst – sie braucht klare Strukturen, verbindliche Regeln und verlässliche Orte der Mitgestaltung. Wir wollen die Beteiligungskultur in Berlin konsequent ausbauen und strategisch weiterentwickeln, damit Mitbestimmung transparent, inklusiv und wirksam wird. In einer wachsenden und vielfältigen Metropole wie Berlin dürfen politische Entscheidungen nicht hinter verschlossenen Türen vorbereitet und durchgeführt werden. Transparenz und Beteiligung muss zentrales Element unserer politischen Kultur werden.

Bürger\*innen brauchen frühzeitige, niedrigschwellige und verbindliche Möglichkeiten, ihre Perspektiven in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubringen – vor Ort, digital und auf Augenhöhe. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten, verbindliche Standards und langfristig gesicherte starke analoge wie digitale Beteiligungsinfrastrukturen in der ganzen Stadt. Unser Ziel ist eine Beteiligungskultur, die den Dialog stärkt, Entscheidungen nachvollziehbar macht und demokratische Teilhabe strukturell verankert.

Wir fordern:

- Beteiligung als strategisches Querschnittsthema zu etablieren, klare Verantwortlichkeiten auf allen Verwaltungsebenen festzuschreiben und eine dialogorientierte Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und organisierter wie nicht organisierter Zivilgesellschaft systematisch zu fördern,
- die Leitlinien zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der räumlichen Stadtentwicklung verbindlich festzuschreiben und ihre konsequente Anwendung in allen Planungs- und Entwicklungsprozessen,
- eine Initiierung von Beteiligung durch Bürger\*innen jenseits von Vorhaben der Stadtentwicklung zu erleichtern und aktiv zu fördern,
- die bezirklichen Räume für Beteiligung in allen Berliner Bezirken personell und finanziell dauerhaft abzusichern und als Orte der Information und Beratung sowie Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft strukturell zu stärken,
- die konsequente Weiterentwicklung von [mein.berlin.de](https://mein.berlin.de) zu einem inklusiven und ressortübergreifenden Beteiligungsportal, das Mitbestimmung erleichtert, Rückmeldungen nachvollziehbar macht und demokratische Teilhabe in ganz Berlin strukturell stärkt,
- bewährte Beteiligungsformate (wie zum Beispiel Bürger\*innenhaushalte, Kiezkassen, Quartiersgremien, dialogorientierte Planungsverfahren) berlinweit zu etablieren und neue, inklusive und aufsuchende Beteiligungsformate gezielt zu entwickeln und zu erproben,
- bestehende Beiräte auf Landes- und Bezirksebene als feste Säulen demokratischer Mitwirkung politisch besser einzubinden, ihre Mitwirkungs- und Anhörungsrechte auszuweiten und sie

---

<sup>2</sup> <https://gruene-fraktion.berlin/gruener-fachtag-beteiligung-und-demokratie-in-berlin-dokumentation/> (Zugriff: 12.03.2026)

personell wie organisatorisch angemessen auszustatten, um ihre Rolle als Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zu stärken,

- eine konsequente Stärkung direktdemokratischer Verfahren (Bürgerbegehren, Volksentscheide) als ergänzende Säule der repräsentativen Demokratie, mit niedrigschwelligen Zugängen und einer transparenten Umsetzung der getroffenen Entscheidungen.

## **2. Gute Beteiligung für alle – gerecht, inklusiv und wirksam**

Demokratische Teilhabe ist eine Frage der Gerechtigkeit. Beteiligung darf kein Privileg derjenigen sein, die über Zeit, Ressourcen oder institutionelle Erfahrung verfügen. Gute Beteiligung braucht verbindliche Qualitätsstandards statt Symbolpolitik. Wir wollen eine Beteiligungskultur, die Hürden abbaut, Vielfalt stärkt und allen Menschen in Berlin wirksame Mitgestaltung ermöglicht.

Dafür fordern wir:

- Beteiligungsprozesse konsequent barrierefrei und diskriminierungssensibel zu gestalten – mit verständlichen Informationen, möglichst in leichter Sprache, Gebärdensprachdolmetschung, mehrsprachiger Ansprache sowie zugänglichen analogen und digitalen Formaten,
- Beteiligung lebensnah zu organisieren: durch die Verbindung digitaler und analoger Formate, flexible Zeiten, Unterstützungsangebote wie Kinderbetreuung und den Ausbau aufsuchender Beteiligung,
- Beteiligungsprozesse regelmäßig zu evaluieren, Ergebnisse transparent zu veröffentlichen und Erkenntnisse verpflichtend in zukünftige Verfahren zu integrieren,
- die Fortschritte in der Entwicklung der Berliner Beteiligungskultur regelmäßig zu erfassen, zu evaluieren und jährlich öffentlich zu dokumentieren, z.B. in Form eines partizipativ erstellten unabhängigen "Beteiligungsberichtes".

## **3. Kinder- und Jugendbeteiligung verbindlich absichern und stärken**

Junge Menschen haben ein Recht auf Mitbestimmung, aber Kinder- und Jugendbeteiligung darf kein symbolisches Feigenblatt sein, sondern muss reale Einflussmöglichkeiten eröffnen. Dafür braucht es verbindliche Strukturen und eine professionelle Begleitung, die Mitbestimmung ernst nimmt und wirksam macht.

Wir fordern:

- die strukturelle und finanzielle Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten sowie deren verbindliche Einbindung in politische Entscheidungsprozesse, die Förderung der Entstehung weiterer Kinder- und Jugendparlamente in allen Bezirken,
- Rede-, Anhörungs- und Antragsrechte junger Menschen in bezirklichen Gremien und Ausschüssen,
- eine klare Trennung zwischen Demokratiebildung und echter Mitbestimmung – Beteiligung muss Entscheidungen beeinflussen können,

- verlässliche und dauerhaft verankerte Beteiligungsstrukturen an Schulen, die über projektbezogene Einzelmaßnahmen hinausgehen, die konsequente Umsetzung der im Schulgesetz vorgesehenen Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten und das Monitoring der Umsetzung dieser um steuernd tätig werden zu können, wo dies nicht passiert,
- ausreichende zeitliche Ressourcen, qualifizierte pädagogische Begleitung und Fortbildungsangebote für Fachkräfte zur Unterstützung wirksamer Jugendbeteiligung.

#### **4. Demokratie vor Ort stärken – erfolgreiche Beteiligungsformate ausbauen und absichern**

Demokratie wird vor Ort konkret. In den Bezirken und Stadtteilen Berlins gibt es zahlreiche Beteiligungsformate, die zeigen, wie Beteiligung und Mitbestimmung gelingen können – von Bürger\*innenhaushalten und Kiezkassen bis hin zu Stadtlaboren und Beteiligungswerkstätten. Diese erfolgreichen Instrumente wollen wir stärken, strukturell absichern und konsequent weiterentwickeln, damit sie mehr Menschen erreichen und echte Gestaltungsspielräume eröffnen.

Wir fordern:

- erfolgreiche lokale Beteiligungsformate berlinweit zu übertragen,
- Bürger\*innenhaushalte, Bürger\*innenbudgets, Kiezfonds sowie vergleichbare Instrumente flächendeckend auszubauen und dauerhaft finanziell wie personell abzusichern,
- Stadtlabore, Beteiligungswerkstätten und Bürgerversammlungen als feste, professionell begleitete Bestandteile bezirklicher Beteiligungsstrukturen zu verankern,
- Öffentlichkeitsarbeit und zielgruppenspezifische Ansprache zu stärken, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und zu digitalisieren sowie neue, inklusive und aufsuchende Beteiligungsformate gezielt zu entwickeln und zu erproben.

#### **5. Demokratie erweitern – direkte und deliberative (= „beratschlagende“) Beteiligung stärken**

Wir wollen Bürger\*innenräte und direktdemokratische Verfahren wie Volksbegehren und Volksentscheide verbinden. Beide ergänzen auf ihre Art die repräsentative Demokratie und vertiefen öffentliche Debatten, in ihrer Verknüpfung können sie die Stärken beider Formate in den demokratischen Entscheidungsprozess einbringen – gerade in kontroversen Zeiten.

Wir fordern:

- Bürger\*innenräte in Berlin regelmäßig sowohl zu konkreten als auch übergeordneten Fragen in der Stadt einzusetzen und ihre Empfehlungen verbindlich und transparent in parlamentarische Beratungen einzubinden,
- geloste Beteiligungsverfahren so auszugestalten, dass sie gesellschaftliche Vielfalt real abbilden und die Wirksamkeit unterrepräsentierter Gruppen stärken,
- die Umsetzung erfolgreicher Volksentscheide verbindlich zu gewährleisten und nachvollziehbar zu dokumentieren, Mitwirkungspflicht des Senates bei bei bezirklichen Beteiligungsformaten,

- Ein fakultatives Referendum einzuführen (d.h. Parlamentsbeschlüsse, die noch nicht in Kraft getreten sind, können einer Volksabstimmung unterstellt werden, wenn innerhalb einer relativ kurzen Frist durch eine Bürger\*inneninitiative eine bestimmte Anzahl von Unterschriften gesammelt worden ist). Vorbild könnte Hamburg sein.

## **6. Ein Demokratiefördergesetz für Berlin**

Zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Träger leisten tagtäglich unverzichtbare Arbeit, auch in der politischen Bildung, Antidiskriminierungsarbeit und Beteiligungsformaten. Eine wehrhafte Demokratie braucht eine starke, verlässlich unterstützte und handlungsfähige Zivilgesellschaft.

Wir fordern ein Berliner Demokratiefördergesetz ein, das:

- einen klaren und verlässlichen rechtlichen Rahmen für Demokratieförderung schafft,
- planbare und auskömmliche Finanzierung statt kurzfristiger Projektlogik (vor allem überjährige Förderungen) ermöglicht,
- Transparenz, Qualitätssicherung und Evaluation stärkt,
- unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft partizipativ entwickelt und regelmäßig weiterentwickelt wird.

## **7. Wissenstransfer ausbauen und Good-Practice nutzen**

Gute Beteiligung entsteht nicht im luftleeren Raum. Viele Bundesländer und Kommunen haben in den vergangenen Jahren innovative Instrumente entwickelt, um Demokratie zu stärken und Teilhabe wirksamer zu gestalten. Wir wollen von diesen Erfahrungen lernen, erfolgreiche Ansätze prüfen und geeignete Modelle für Berlin adaptieren und weiterentwickeln.

### **Beispiele**

#### **Demokratie-Werkstätten (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg)**

Offene, niedrigschwellige und dialogorientierte Bildungs- und Beteiligungsräume, in denen Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten zusammenkommen, um Demokratie gemeinsam zu gestalten. Sie identifizieren Themen, die sie bewegen, diskutieren diese im Dialog und entwickeln konkrete Projekte für ihr Umfeld – mit dem Ziel, Demokratie im Alltag erfahrbar und wirksam zu machen.

<https://demokratiewerkstatt.org/#p1>

#### **DIPAS (Hamburg)**

Ein digitales Beteiligungssystem, das Online-Dialoge mit interaktiven Karten und Vor-Ort-Formaten verbindet. Es ermöglicht standortgenaue Beteiligung in Planungsprozessen und erhöht Transparenz, Reichweite und Nachvollziehbarkeit. Link: <https://dipas.org/>

#### **Bildungsverbund Frankfurt**

Ein verbindliches Kooperationsnetzwerk zwischen Schulen, Bildungsträgern, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es zeigt, wie demokratische Bildung und Beteiligung durch stabile Strukturen langfristig abgesichert werden können. Link: <https://frankfurt.de/bildungskommune>

## ***Fazit: Demokratie braucht Struktur, Mut und Verbindlichkeit***

Dieses Positionspapier macht deutlich: Beteiligung darf kein punktuelles Projekt bleiben, sondern muss als Fundament unserer politischen Kultur strukturell verankert, verbindlich gestaltet und konsequent weiterentwickelt werden – in Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft. Demokratie entsteht dort, wo Menschen erleben, dass ihre Perspektiven gehört werden und Entscheidungen tatsächlich beeinflussen.

Es geht darum, Beteiligung als Querschnittsaufgabe verbindlich zu etablieren, Kinder- und Jugendmitbestimmung real wirksam zu machen, direkte und deliberative Demokratie klug zu verzahnen und mit einem Demokratiefördergesetz verlässliche Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement zu schaffen. Gleichzeitig müssen erfolgreiche Modelle systematisch ausgewertet, übertragen und weiterentwickelt werden.

Unser Anspruch ist klar: Wir wollen eine Demokratie, die nicht nur repräsentiert, sondern beteiligt; die nicht nur reagiert, sondern gestaltet; die nicht nur verwaltet, sondern Vertrauen schafft. Berlin soll zeigen, wie demokratische Teilhabe im 21. Jahrhundert verbindlich, inklusiv und wirksam organisiert werden kann.